



PRESSEMITTEILUNG  
Düsseldorf, 15.12.2017

## Unterausschuss Bergbausicherheit diskutiert Rückstellungen für den Braunkohletagebau

**Guido van den Berg mahnt Berücksichtigung der Kosten für die Sumpfungmaßnahmen in der Bergheimer Erftaue an.**

Am Freitag, 15.12.2017 hat sich der Unterausschuss Bergbausicherheit mit den Gutachten zu den Folgekosten der Braunkohletagebaue und den dafür gebildeten Rückstellungen beschäftigen. Die SPD hatte beantragt, dass die Gutachten, die im Auftrag von RWE erstellt und der Bergbehörde übergeben wurden, jetzt auch öffentlich im Ausschuss diskutiert werden.

Dazu erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion im Unterausschuss Bergbausicherheit, Guido van den Berg:

„Wir wollten mit der Befassung im Unterausschuss Transparenz in dieses wichtige Thema bringen. Der teilweise weite Zeithorizont der erforderlichen Maßnahmen verdeutlicht die besondere Pflicht zur Sorgfalt.“

Durch eine Nachfrage des SPD-Politikers stellte sich heraus, dass die Kosten für die dauerhaft notwendigen, aber nicht allein bergbaubedingten, Sumpfungmaßnahmen im Bereich der Erftaue zwischen Bedburg und Bergheim noch nicht in den Gutachten berücksichtigt sind.

„Hier habe ich die klare Erwartung, dass sich die RWE-Power AG langfristig mit einem Anteil an diesen Maßnahmen beteiligt. Dies muss sich dann auch in dem Gutachten wiederfinden“, betont van den Berg.

Ebenfalls auf Nachfrage der SPD-Fraktion erklärten die Gutachter, dass die Leitentscheidung der SPD-geführten ehemaligen Landesregierung zur Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler mit den veränderten Abbaugrenzen von den Gutachten erfasst ist.

Die bilanzierten Rücklagen des Konzerns belaufen sich für den Braunkohle-Bergbau auf 2,174 Milliarden Euro. Davon sind 1,618 Milliarden Euro für Rekultivierungsmaßnahmen vorgesehen. Dieser Betrag enthält auch Kosten für wasserrechtliche Maßnahmen. Einzelne wasserwirtschaftliche Maßnahmen sollen einen Planungshorizont von bis zu 300 Jahren haben. Des Weiteren sind 172 Millionen Euro für ausstehende Umsiedlungen und 384 Millionen für Bergschäden eingeplant.

PRESSEMITTEILUNG